



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Markt 7, 46325 BORKEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Borken

Markt 7
46325 Borken

info@gruene-kreis-borken.de
www.gruene-kreis-borken.de

Borken, den 30. Januar 2025

Offener Brief an die CDU im Kreis Borken

Sehr geehrter Herr Kreisvorsitzender Spahn,
sehr geehrter Herr Landrat Dr. Zwicker,
sehr geehrte Kreistagsabgeordnete und Ratsmitglieder,
liebe Mitglieder der CDU im Kreis Borken,

wir wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie, weil wir in großer Sorge um die Zukunft unserer Demokratie sind. Mit der gestrigen Abstimmung im Bundestag hat die CDU/CSU der AfD politische Legitimation und Einfluss verschafft. Es ist ein nicht akzeptabler Fehler und Dammbbruch, Mehrheiten mit Rechtsradikalen zu suchen. Völlig zutreffend erinnerte heute auch die Bundeskanzlerin a. D. Dr. Angela Merkel (CDU) daran, dass der Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat Friedrich Merz ein solches Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag vor wenigen Wochen noch kategorisch ausgeschlossen hatte. Gestern hat er sein Wort gebrochen und erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit durch die Stimmen einer rechtsextremen Partei ermöglicht.

Seit 1949 galt es als ungeschriebenes Gesetz, dass eine Partei der demokratischen Mitte keine Unterstützung von extremistischen Kräften sucht oder annimmt. Wer diesen Grundsatz aufgibt, entzieht der CDU als Partei, die den Anspruch an sich selbst erhebt, christliche Werte zu vertreten, nicht nur ihre Glaubwürdigkeit, sondern riskiert auch, die politische Mitte zu verlassen. Seit gestern hat Friedrich Merz diesen demokratischen Grundsatz durch den Leitsatz: ‚Eine richtige Entscheidung wird nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmen‘ ersetzt. Mit der gleichen Logik könnte er in ein paar Wochen sagen: Die Wahl des richtigen Bundeskanzlers wird nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmen. Dann hätten wir politische Verhältnisse, wie in Österreich. Wer Kanzler in Deutschland werden will, muss verlässlich sein. Und er darf in so einer zentralen Frage keinen Wortbruch begehen.

Der nun mit Hilfe der AfD beschlossene Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU ist zudem auch inhaltlich nicht im Interesse unserer Region. Der EUREGIO-Rat hat gerade erst in seiner Sitzung am 29. November 2024 eine einstimmige Resolution mit dem Titel „Grenzkontrollen beeinträchtigen das Fundament der europäischen Zusammenarbeit“ gefasst. Nun wird mit dem Entschließungsantrag genau die dauerhafte Einführung solcher Kontrollen gefordert. Richtigerweise führt der EUREGIO-Rat mit ausdrücklicher Unterstützung der CDU aus, dass Grenzkontrollen sich in überdurchschnittlichem Maße auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Dörfer und Städte in der Grenzregion auswirken und wirtschaftliche Nachteile und eine Verringerung des sozialen Zusammenhalts sowie des Verständnisses für die Menschen jenseits der Grenze verursachen.

Wir wollen gemeinsam europäische Lösungen zum Thema Migration finden, statt die Grenzen zu unseren Nachbarn zu schließen. Wir brauchen diese gemeinsame europäische Kraft auch, um die Klimakrise zu bekämpfen und Wohlstand zu sichern. Auch die heimischen Bundestagsabgeordneten Jens Spahn und Anne König haben diesem Entschließungsantrag zugestimmt, was unsere Besorgnis noch verstärkt. Dass sie der AfD und ihrem extremistischen Gedankengut Gestaltungsspielraum geben, verunsichert viele in unserer Gesellschaft. Wir stehen zu den Menschen, die sich jetzt ausgegrenzt und bedroht fühlen. Eine Stärkung des Einflusses der AfD bedeutet weniger Sicherheit, nicht mehr.

Wir alle sind erschüttert angesichts der schrecklichen Taten von Magdeburg und Aschaffenburg. Recht muss konsequent umgesetzt werden. Wer kein Bleiberecht hat, muss das Land verlassen. Die Durchsetzung von Recht und Gesetz durch Kommunen, Länder und den Bund muss funktionieren. Hier sind wir uns völlig einig. Aber lassen Sie uns aus den furchtbaren Taten, bitte, nicht die falschen Schlüsse ziehen. Die Verantwortung, sich klar gegen jede Form der Kooperation mit der AfD zu stellen, liegt bei allen Mitgliedern Ihrer Partei.

Wir erwarten von Ihnen eine klare Positionierung gegen jegliche Form der Zusammenarbeit mit der AfD – sei es direkt oder indirekt. Setzen Sie ein unmissverständliches Zeichen, dass es für die CDU keine Annäherung an die AfD geben darf – nicht heute, nicht morgen, niemals.

Mit freundlichen Grüßen

Gertrud Welper
Prof. Dr. Tim Brüggemann
Grüne Kreisverband Borken

Jens Steiner
Daniela Kersting
Grüne Kreistagsfraktion Borken

Ilka Kuper
Klaus Löhring
Grüne Ortsverband Ahaus

Dietmar Eisele
Gisa Müller-Butzkamm
Grüne Ratsfraktion Ahaus

Claudia Jung
Hartwig Westermann
Grüne Ortsverband Borken

Maja Becker
Sandra Krüger
Grüne Ratsfraktion Borken

Angelika Dapper- Schneider
Barbara Sibbing
Grüne Ortsverband Gescher

Wolfgang Brüggestrath
Günter Effkemann
Grüne Ratsfraktion Gescher

Susan Trautwein-Köhler
Dr. Dieter Schwarze
Grüne Ortsverband Gronau

Gabi Drees
Dr. Stefan Kuhlmann-Eckel
Grüne Ratsfraktion Gronau

Hildegunde Hagemann
Sascha Heßeling
Grüne Ortsverband Isselburg

Uwe Übelacker
Christiane Wiesner
Grüne Ratsfraktion Isselburg

Boris Hudournik
Grüne Ortsverband Raesfeld

Henry Tünste,
Grüne Ratsfraktion Raesfeld

Sina Wübbeling
Frank Merx
Grüne Ortsverband Reken

Holger Balke
Monika Logermann
Grüne Fraktion Reken

Julia Angemeer
Rüdiger Ebbers
Grüne Ortsverband Rhede

Reinhold Störkman
Klaudia Honderboom
Grüne Ratsfraktion Rhede

Sandra Lentfort
Malte Reimann
Grüne Ortsverband Vreden

Gertrud Welper
Gerd Welper
Grüne Ratsfraktion Vreden

Ursula Upphoff
Manfred Runge
Grüne Ortsverband Schöppingen

Manfred Epping
Grüne Ratsfraktion Schöppingen

Richard Henrichs
Grüne Ratsfraktion Stadtlonn
Grüne Ortsverband Stadtlonn